

37. DEUTSCHER
STEUERBERATERTAG
IN MÜNCHEN

Elster ringt mit Schäuble um mehr Akzeptanz für das Steuersystem

Von Markus Rath

Vor einer Kulisse von mehr als 1.200 Zuhörern hat der Präsident des Deutschen Steuerberaterverbands (DStV), Harald Elster, an die Bundesregierung sowie Finanzverwaltung appelliert, mehr für die Akzeptanz des Steuersystems zu tun. Anlässlich des 37. Deutschen Steuerberatertags in München sah Elster nicht nur die Abschaffung der kalten Progression als fördernde, längst überfällige Maßnahme an. Als besonders wichtig erachtete der DStV-Präsident auch die Fortentwicklung des digitalen Besteuerungsverfahrens. Der Fokus müsse künftig aber deutlich mehr auf die Interessen der Steuerberater gerichtet werden. Mit der E-Bilanz, der elektronischen Steuererklärung, ELStAM oder dem elektronischen Kirchensteuerabzugsverfahren hätten sich Jahr um Jahr Fragen und Probleme rund um die elektronische Kommunikation eingeschlichen. Gerade die Medienbrüche erschwerten den reibungslosen Kanzleialltag. Die gleichmäßige Lastenverteilung zwischen Finanzverwaltung und Beraterschaft schwinde im Ergebnis. Elster zu dieser Entwicklung: „Die Finanzverwaltung dürfe gerne die Zapfsäulen für Self-Service öffnen. Den Betrieb und die Verantwortung für die Tankstelle dürfe sie aber nicht komplett wegdelegieren.“ Im Zwiegespräch mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble diskutierte Elster diese und weitere steuer- und gemeinschaftspolitische Themen.

Elster: Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister, meinen ersten Einwurf möchte ich zur Entbürokratisierung bringen: Wir erarbeiten gemeinsam Elster, E-Bilanz und vieles mehr, um dann festzustellen, dass die Verwaltung, die öffentliche Hand aufgrund fehlender Investitionen nicht in der Lage ist, das, was wir mit erheblichen Leistungen erbracht haben, so abzuwickeln, wie es eigentlich gedacht ist. Die Akzeptanz wird dann bei den Unternehmen und auch bei den steuerberatenden Berufen mehr als infrage gestellt. Wie gehen wir damit eigentlich um?

Schäuble: Indem wir uns immer wieder anstrengen. Meine Damen und Herren, wir Deutschen neigen ja auch dazu, Dinge besonders perfekt zu machen. Erinnern Sie sich, als wir einmal, ich weiß gar nicht mehr, wie lange es her ist, mit der Lkw-Maut Toll-Collect angefangen haben. Da haben wir gleich ganz bescheiden gesagt, wer immer das damals in der Regierung war, das können wir nicht, da beauftragen wir die Besten der Besten. Die großen deutschen Unternehmen, die weltweit erfolgreich sind, sowas wie Bosch, Mercedes Benz, Telekom. Haben die es hingekriegt? Ja. Mit wie viel Verzögerung? Wollen wir gar nicht drüber reden.

Es ist irre kompliziert. Als ich Innenminister war, haben wir zum Beispiel über eine einheitliche Behördenrufnummer und die IT-mäßigen Voraussetzungen zwischen Bund und Ländern verhandelt. Ich habe manchmal gedacht: Um Gottes Willen! Und so ist es bei diesen Fragen der Steuerverwaltung auch, in Maßen, ich finde, es kommt ganz gut voran, da ich Elster immer anwende, läuft es auch ganz gut.

Wenn man solche banalen Dinge wie die Steuererklärung be-

arbeitet, ist das ja kein Problem. Schwierig wird es bei der Bilanz. Es gibt für einen gewissen Zeitraum, habe ich mir auch erklären lassen, ich behaupte nicht, dass ich alle Details verstehe, die Situation, dass manchmal noch Papierbelege angefordert werden. Das ist für die Akzeptanz schwierig, aber Sie kriegen es doch hin. Ich kann nur sagen, ich stimme Ihnen ein Stück weit zu, glaube allerdings, wenn Sie Finanzminister wären, wäre es auch nicht besser.

Elster: Ich darf einen zweiten Punkt ansprechen, wo ich im Kern nicht mit Ihnen einer Meinung bin, das ist das Thema der kalten Progression. Sie ziehen mir das sehr stark in die aktuelle Zeit zurück und sagen da, wir haben ja nur Preissteigerungen von 0,8 Prozent, wobei ich muss vorsichtig bitten, wie da der Warenkorb aussieht. Aber wir unterhalten uns ja über kalte Progression nicht nur im Kalenderjahr 2014, sondern wir unterhalten uns jetzt seit zehn Jahren über die kalte Progression. Und wenn wir uns die Preissteigerungen in dieser Zeit ansehen, unterhalten wir uns nicht über 0,8 Prozent. Wir können auch nicht immer nur das niedrige



Zinsniveau bei den Steuerpflichtigen sehen, das können wir aber bei Bund und Ländern sehen, dass wir niedrige Zinsen haben. Aber wäre da nicht doch das Zeichen mal anders? Und dazu kommt, dass die Politik, ich sag jetzt wirklich nicht Sie, aber dass die Politik jeden Tag nicht müde wird in der Presse irgendwo etwas loszulassen, was kalte Progression angeht. Aber wie gehen wir vernünftig damit um? Jetzt aktuell ist das sicherlich richtig mit den 0,8 Prozent und dass das eigentlich Peanuts sind.

Schäuble: Sie haben Recht, der Hinweis, dass die Preissteigerungsrate derzeit so niedrig ist, ändert ja nichts an der langfristigen Dimension. Aber meine erste Bemerkung war ja: Ich bin schon katholisch. Also, ich bin an sich Protestant, aber jetzt hier im Sinne des Wortspiels.

Als ich Finanzminister wurde, hatte ich eine andere Debatte. Da waren sich alle einig, wir müssen von der hohen Verschuldung weg. Ich habe mit meinem Haushaltsentwurf von 2010 mit 86,1 Milliarden Neuverschuldung angefangen. Und gleichzeitig gab es eine Debatte, ob wir 20 oder 30 Milliarden Steuersenkungen machen können, wobei allerdings angesagt war, Vorrang hat der Abbau der Neuverschuldung. Ich habe von Anfang an – und

ich empfehle Ihnen, nachzuprüfen – gesagt, wir werden keinen großen Spielraum für Steuersenkungen haben. Aber wir sollten die kalte Progression lösen. Und ich habe es wieder und wieder gesagt, die ersten Jahre, das ist missverstanden worden als eine faule Ausrede. Bis wir eingesehen hatten, dass der Abbau der kalten Progression eigentlich der realistische Weg war, hatte sich die Front der Länder, obwohl das damals so missbräuchlich war, wie es heute ist, so dagegen verhärtet, dass der Gesetzentwurf scheiterte. Das ist die historische Wahrheit.

Wenn Sie mir die Meldung geben, Sie haben eine Mehrheit im Bundesrat, dann sag ich einfach, nehmt den Gesetzentwurf wieder, den kann man ganz schnell lesen, da hatte der Bundestag schon intensiv beraten, den könnten wir am 1. Januar 2015 in Kraft setzen. Aber es wird nicht stattfinden. Es liegt aber nicht am Bundestag, es liegt nicht an der Bundesregierung und es liegt nicht an mir. Im Zuge der Verhandlungen und Gespräche, die wir mit den Ländern darüber führen, was wir machen, wenn der Solidarpakt II ausläuft, sollten wir auch eine Vereinbarung mit den Ländern treffen, welche die kalte Progression dauerhaft beseitigt.

Ich gebe zu, ich bin nicht für einen Tarif auf Rädern. Ich bin gegen jede Indizierung. Ich bin

dafür, so hatten wir das auch in dem Gesetz, das 2012 vom Bundestag verabschiedet wurde, dass der Gesetzgeber alle zwei Jahre diskretionär entscheiden muss, und ich glaube, dass das weiterhin der richtige Weg ist, zumal man natürlich auch sagen kann, wir müssen ja das steuerliche Existenzminimum und Kinderfreibeträge angemessen überprüfen.

Elster: In Ihren Ausführungen sind Sie auf den Bundeshaushalt eingegangen, der also ohne neue Schulden auskommen muss. Aber dramatisch ist die Entwicklung in den Ländern und bei den Städten und Gemeinden. Das heißt, auf der Bundesebene schaffen wir diese Ruhe und genau an der anderen Stelle rutschen wir komplett weg. Wie soll das in den Gesprächen zum Länderfinanzausgleich konkret gelöst bekommen?

Schäuble: Naja, auch da sind die Zahlen anders. Tatsächlich ist es so, dass von den drei Ebenen öffentlich rechtlicher Gebietskörperschaften Bund, Länder, Kommunen, der Bund mit weitem Abstand die schlechtesten Finanzkennziffern hat. Die Länder haben insgesamt eine ausgeglichene Situation, der Bund hatte dieses Jahr noch 6,5 Milliarden Euro Neuverschuldung, die Länder haben insgesamt einen leichten Überschuss, die Gemeinden haben ☒



Foto oben: DStV-Präsident Elster im Zwiegespräch mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Fotos links unten: Aufmerksame Zuhörer beim Eröffnungsvortrag: Jürgen Fitschen (vorne) und Münchens Kammerpräsident Dr. Hartmut Schwab (hinten Mitte).

einen deutlichen Überschuss, die kommunalen Investitionen sind überragend deutlich gestiegen. Die Gemeinden haben insgesamt einen Überschuss, aber Sie können sich bei angenehmen Durchschnittstemperaturen den Hintern verbrennen und vorne erfrieren, das ist schon wahr. Nur für die Gemeinden sind die Länder zuständig, und wenn der Bund mit den Gemeinden unmittelbare Finanzbeziehungen aufnehmen will, sind die Länder politisch dagegen und das Verfassungsgericht übrigens rechtlich. Natürlich ist auch die Finanzkraft zwischen den Ländern sehr unterschiedlich. Ich komme aus einem Land, von dem ja die Leute, die uns nicht so gut kennen, glauben, wir wären mit dem Spruch „Mir gebbe nix“ treffend beschrieben. Was natürlich völlig falsch ist. Aber wenn Sie mich in Baden-Württemberg danach fragen, ob das mit dem Länderfinanzausgleich richtig sein kann, dass wir so viel bezahlen und dass andere, die nicht so tüchtig sind wie wir, von uns Geld bekommen, dann sage ich immer, eine Gemeinschaft lebt vom Ausgleich des Stärkeren an den Schwächeren. Wenn wir diesen Ausgleich nicht wollen, sollen wir die Bundesrepublik lassen. Und wenn wir nicht bereit sind, denen, die im Moment größere Probleme haben, beizustehen, dann müssen wir Europa lassen. Dann allerdings werden wir den größten Schaden haben, weil wir als die wirtschaftlich

Stärksten profitieren mit Abstand am meisten von der europäischen Einigung. Und diesen Satz kann ich in Deutschland noch leicht sagen. Da schimpft noch keiner. Aber den können Sie auch auf den Länderfinanzausgleich übertragen. Glauben Sie nicht, dass die norddeutschen Länder von morgens bis abends nur Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ausbeuten. Das ist doch nicht die Realität in unserem Lande. Aber die Anreize sind zum Teil suboptimal, deswegen will ich in den Bund-Länder-Verhandlungen neue Anreize schaffen, damit ich erreiche, dass diejenigen, die bezahlen, auch entscheiden. Also sage ich, die Gemeinden und die Länder sollen bestimmte Dinge selber bezahlen und dafür

Schäuble: „Anderer Leute Geld ausgeben können die Schwaben auch, nur beim eigenen, da sind sie sparsam“

auch Spielraum bekommen, es zu regeln. Als die Bundesbank in ihrem Monatsbericht September geschrieben hat, man könnte den Ländern ja Zuschläge erlauben auf die Einkommenssteuer, gab es einen Aufschrei bei den Ländern, dass das gar nicht infrage komme. Als ich dasselbe mal für Gemeinden vorgeschlagen habe, da hat der Oberbürgermeister von München die Zustimmung des Deutschen Städtetages im letzten Moment gekippt, sonst hätten wir damals dieses Modell eingeführt. Deswegen das Prinzip, dass, wenn man Eigenverantwortung wählt, dann muss man auch bezahlen dafür. Derjenige, der nicht haftet, kann auch nicht entscheiden, und der, der entscheidet, muss auch haften. Deswegen muss man im Europäischen System immer darauf achten, dass ich nicht zu viel Haftung vergemeinschaftete, solange die Entscheidung nicht vergemeinschaftet ist, weil anderer Leute Geld ausgeben, das würden auch die Schwaben können, nur das eigene, da sind sie ein bisschen sparsam. Ein Beispiel, das übrigens den größten politischen Ärger in den nächsten Jahren verursachen wird, ist die Eingliederung Behinderteter. Wenn Sie bei der Inklusion durch ein Bundesgesetz einheitlich

che Leistungsstandards festsetzen und dann sagen, die Länder, die Kommunen sollen es vollziehen, dann wird dies die Leistungskraft der Bundesrepublik Deutschland überfordern. Wir haben heute Leistungen, die zwischen den einzelnen Bundesländern im Verhältnis eins zu drei differieren. Deswegen bin ich dafür, dass wir die Regelung dafür dezentral machen, damit man sich vor Ort darum kümmern kann.

Elster: Ich darf ein ganz anderes Feld aufrufen: Von Professor Kaminski, der berechtigterweise angemerkt hat, dass 30 Verfahren zum Steuerrecht beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind. Wenn ich mir die Erbschaft-/Schenkungssteuer ansehe, hat der Bundestag dieses Gesetz verabschiedet, obwohl die steuerberatenden Berufe, die Wissenschaft und auch alle Organisationen in Deutschland früh genug gesagt haben, wenn dieses Gesetz so verabschiedet wird, verstößt dies gegen die Verfassung. Es gibt Politiker aus dem Hause der Koalition, die sagen, das wussten wir, wir haben es aber trotzdem gemacht, dann soll eben das Bundesverfassungsgericht das Gesetz zurückrufen. Ist das wirklich vertretbar?

Schäuble: Das Anliegen in der Koalition, vor allem in meiner Fraktion war gewesen bei dieser Erbschaftssteuerleggebung, die Unternehmensnachfolge so wenig wie möglich durch erbschaftssteuerliche Regelungen zu erschweren. Wir haben es geprüft, ob es verfassungsrechtlich vertretbar sei, und sind zu dem Ergebnis gekommen, es sei verfassungsrechtlich vertretbar. Der Bundesfinanzhof hatte verfassungsrechtlichen Zweifel und hat es deshalb ans Bundesverfassungsgericht vorgelegt, und jetzt werden Sie von mir nicht erwarten, dass ich etwas anderes sage, als dass ich dieses Gesetz für verfassungsmäßig halte.

Elster: Ich darf einen weiteren Punkt aufrufen von Wolfgang Waffro. Wir haben eben über den Solidaritätszuschlag gesprochen. Für uns, in unserem Verständnis war es ein Zuschlag, um den Aufbau Ost zu finanzieren. Wir haben inzwischen den Mauerfall 25 Jahre hinter uns, wir sind alle stolz, dass wir ein einheitliches



Foto oben: Dr. Lehwald, Gerhard Ziegler, Prof. Dieter Kempf und Wolfgang Roth (v.l.) verfolgen die Vorträge.

Fotos unten: Zahlreiche Fachaussteller begleiten den Steuerberater-tag des DStV. Unter ihnen auch Michael Brhel, Manfred Abraham von Simba Software und Kay Deubner.

Deutschland wieder haben. Und wir diskutieren jetzt darüber: Wann soll es auslaufen, wie soll er auslaufen, soll er überhaupt auslaufen, soll er in irgendeine andere Form, wir hatten es eben auch angesprochen. Aber ist das wirklich die Lösung, die die Menschen draußen verstehen?

Schäuble: Wahrscheinlich muss man den Menschen erklären, wir haben eine unterschiedliche Leistungskraft. Wir haben das Grundgesetzgebot von den einheitlichen Lebensweisen, das heißt zwar nicht, dass wir überall gleich sein müssen, das wäre furchtbar, aber sie müssen einigermaßen einheitlich sein. Da haben wir Handlungsbedarf. Deswegen auch Länderfinanzausgleich, Bund-Länder-Finanzausgleich etc. Und nun bleibt, mit allen Strukturproblemen, die es auch in westdeutschen Ländern gibt, dass die durchschnittliche gemeinsame Wirtschaftskraft der neuen Länder im Vergleich zur durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistungskraft der westdeutschen Länder auch nach 2019 vermutlich nur knapp 60 Prozent betragen wird. Und damit ergibt sich die weitere Notwendigkeit eines massiven wirtschaftlichen Ausgleichs für die neuen Länder, für die am Ende der Umsatzsteuervorabausgleich wahrscheinlich das einzig

sinnvolle und zielführende Mittel ist, um dieses Hauptproblem zu lösen. Wenn wir ab 2020 keinen Solidaritätszuschlag mehr haben, bleibt eine Lücke, die wir gesamtstaatlich, wenn wir keine Steuererhöhungen wollen, nicht schließen können. Nun kann ich darüber philosophieren, ob der Solidaritätszuschlag, wenn ich ihn in die Gemeinschaftssteuer überführe, obwohl unterm Strich genau dieselbe Steuerlast herauskommt, eine Steuererhöhung ist oder nicht. Ich sage, für die meisten Steuerpflichtigen ist nicht entscheidend, ob von den 105,50 Euro, die sie zahlen müssen 100 Euro Einkommensteuer und 5,50 Solidaritätszuschlag sind. Das bringt mich zu der Bemerkung, da wir ja jetzt gleich die 25 Jahre Mauerfall feiern und nächstes Jahr 25 Jahre Wiedervereinigung: Was die allermeisten unterschätzen haben und im Grunde noch unterschätzen, ist die Tatsache, dass die Wirtschaft der DDR bis zum Fall der Mauer oder bis zur Währungsunion die elftstärkste Volkswirtschaft in allen internationalen Statistiken war. Mit der Einführung einer frei konvertierbaren Währung und damit der Überlassung der DDR-Produktion in den freien Wettbewerb europäisch und weltweit war die DDR nicht wettbewerbsfähig. Es gab ja immer noch eine Debatte, an

der sich auch Ökonomen kräftig beteiligt haben, die gesagt haben, der Umtauschkurs sei falsch gewesen. Der Umtauschkurs Mark der DDR in DM ist eigentlich für die ökonomische Bewältigung der deutschen Einheit völlig irrelevant. Die maximale Rente in der DDR war früher 195 Mark der DDR. 1:1 umgetauscht hätte das auch nicht gereicht für die Rente in der Bundesrepublik des Jahres 1990. Also ging es einfach darum, ostdeutsche Fließeinkommen, Vermögen hatten sie ja keines, in ein Verhältnis zum westdeutschen Standard anzupassen. Die Ostdeutschen finden immer noch ungerecht, dass sie nicht 100 Prozent haben. Immer noch nicht. Aber sie sind in der Leistungsfähigkeit natürlich noch 20, 30 Prozent zurück. Alle großen deutschen Firmen haben im Zuge der deutschen Teilung ihren Sitz von Berlin oder Ostdeutschland nach Westdeutschland verlegt. Und keiner der großen Konzerne ist nach der Wende zurück. Deswegen haben die neuen Länder einen nachwirkenden viel längeren Ausgleichsbedarf. Das sollte man in Westdeutschland gelegentlich begreifen. Zu glauben, wir könnten uns nach 25 Jahren sagen, jetzt muss aber mal Schluss sein, das verstehen die Menschen nicht, da haben sie Recht. Deshalb versuche ich's zu erklären. ☑

DStV-Präsident Harald Elster und Bayerns Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder.

